

Protokoll

der Gemeindeversammlung

Montag, 12. Dezember 2011, 20.00 Uhr in der Mehrzweckhalle der Primarschulanlage Kandermatte

Vorsitz	Ochsenbein Peter, Versammlungsleiter
Sekretärin	Gerber Monika, Gemeindeschreiberin
Mitglieder Gemeinderat	Kast Hans Jörg, Allgaier Udo, Brenneisen Beat, Schneiter Alfred, Stierli Beat, Tschumi Felix, Zimmermann Fritz
Stimmregisterabschluss	1'694 Stimmberechtigte
Teilnahme	85 Stimmberechtigte oder 5.01 %
Gäste	Bauchard Michel, Schüler Bühler Salome, Lernende Fahrni Nicole, Verwaltungsangestellte Gerber Monika, Gemeindeschreiberin Grünig Lukas, Schüler Kern Céline, Schülerin Kuhn Timo, Lernender Obradovic Wide, Schüler Wittwer Hans Peter, Finanzverwalter
Pressevertreter	Thuner Tagblatt, Kruppenacher Hans-Ulrich
Publikationen	Thuner Amtsanzeiger 10. und 17. November 2011
Versammlungsschluss	21.40 Uhr

Traktanden

1. Ehrungen

2. Voranschlag 2012

Kenntnisnahme des Voranschlages für das Jahr 2012 sowie der Steueranlagen und Gebührenansätze

3. Informationen aus dem Gemeinderat

4. Verschiedenes

Der Versammlungsleiter eröffnet die Versammlung unter dem Hinweis auf die fristgerechte Einberufung durch Publikation und die ausführliche Botschaft des Gemeinderates, die in jede Haushaltung versandt worden ist. Eine Abänderung der Traktandenliste wird nicht verlangt.

Auf Vorschlag des Versammlungsleiters werden als Stimmzähler gewählt:

- Dubach Reto, Räckholtere 280, 3634 Thierachern
- Wenger Ernst, Mühlestrasse 39, 3634 Thierachern

Der Versammlungsleiter verweist auf die 30-tägige Beschwerdefrist, wobei sich die Beschwerdemöglichkeit auf Verfahrensmängel beschränkt, die bereits an der Versammlung selbst gerügt werden müssen.

Traktandum 1 Ehrungen

Aufgrund ausgezeichneter sportlicher Leistungen an kantonalen, nationalen oder internationalen Wettkämpfen oder anderen herausragenden Leistungen werden durch Gemeindepräsident Hans Jörg Kast folgende Personen beziehungsweise Gruppierungen geehrt:

- Salome Bühler; Ellenbergerpreis der Musikschule Region Thun mit Bassgitarre
- Céline Kern; Tennis-Nachwuchskader U12/U14, regionale/nationale Turniersiege

Traktandum 2

Voranschlag 2012

Kenntnisnahme des Voranschlages für das Jahr 2012 sowie der Steueranlagen und Gebührenansätze

Referent

Gemeinderat Alfred Schneiter

Der Gemeinderat hat sich in den vergangenen Monaten stark mit den Finanzen der Gemeinde befasst. Im Vordergrund stehen dabei vordergründig Zahlen und Beträge, dahinter stecke aber mehr als nackte Zahlen. Es ist der Behörde ein Anliegen, darin aber insbesondere die Menschen zu sehen: die Steuer- und Gebührenzahler, die Kindergarten- und Schulkinder, die Strassenbenützer, die Wasserbezügler oder auch die Robidognutzer. Alles dies steht hinter den Zahlen und wird durch die Finanzen bewegt, weshalb diese letztlich alle betreffen. Der Gemeinderat habe mit der Bewusstheit für diese Verantwortung das Budget erarbeitet. Dabei wurde einmal mehr festgestellt, dass die Gemeinde sich in einem engen Korsett bewegt. Einerseits sind die Einnahmen beschränkt, andererseits bestehen viele fixe Vorgaben auf der Ausgabenseite. Das Finanzschiff von Thierachern ist aber auf Kurs, auch wenn mit dem vorliegenden Voranschlag ein recht hohes Defizit zur Kenntnis vorgelegt wird.

Zur besonderen Situation des aktuellen Jahres verweist Alfred Schneiter vorab auf die Botschaft, in der die Ausgangslage bereits dargestellt wurde. Zur Besonderheit führt die Revision des kantonalen Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich. Mit dieser Gesetzgebung wurden eine ganze Reihe verschiedener Dinge neu geregelt. Damit sollen die Mittel des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden besser und gerechter reguliert werden. So werden beispielsweise die Zentrums-lasten für Städte, die Dienstleistungen anbieten, die auch den umliegenden Gemeinden zu Gute kommen, höher abgegolten. Alfred Schneiter hat den diesbe-züglichen Verteilungskampf im Grossen Rat direkt mitbekommen. Als Ergebnis daraus wurden die Leistungen an die Zentrumsgemeinden zu Gunsten der Landgemeinden noch etwas reduziert. Gleichzeitig werden mit dem Gesetz aber auch die Lasten von Landgemeinden mit einer grossen Fläche oder von Gemeinden mit hohen Sozial-lasten - wie beispielsweise einem hohen Ausländeranteil - besser abgegolten. Daneben sollen bessere Anreize gesetzt und das Controlling verstärkt werden. Dies, damit insgesamt mehr Ansporn für die Gemeinden besteht, diese Kosten zu reduzieren und ihre Verantwortung zu erhöhen. Ausserdem wurde die Dauer des Finanzausgleichs bei Gemeindefusionen verlängert. Dabei kann bei ungleich starken Gemeinden während einer längeren Dauer noch eine Unterstützung geboten werden. Gleichzeitig wurden die negativen Auswirkungen der Gesetzesrevision bei stark belasteten Gemeinden abgefedert.

Die Auswirkungen der Gesetzesrevision FILAG auf alle Gemeinden werden in einer so genannten Globalbilanz zusammengefasst. Dies ist ein ausgesprochen kompliziertes Konstrukt. Die Gesetzesrevision führt zu einem Umverteilungseffekt zwischen den einzelnen Gemeinden. Für Thierachern entsteht dadurch eine Mehrbelastung von CHF 93'000.00, die so durch die FILAG-Revision vorgegeben wird. Eine andere Bewertung der Gemeinden erfolgt über deren Steuerkraft pro Kopf. Die Steuerkraft von Thierachern liegt unter dem kantonalen Durchschnitt des Steueraufkommens pro Kopf. Deshalb erhält die Gemeinde auch direkte Zahlungen vom Finanzausgleich des Kantons.

Die Genehmigung des Voranschlags und der Steueranlage liegen in diesem Jahr aufgrund der Übergangsbestimmungen zum FILAG in der Kompetenz des Gemeinderates. Dies für den Fall, dass die vorgesehene Steuererhöhung den finanziellen Auswirkungen des FILAG entspricht. Vorliegend ist dies der Fall, die negative Auswirkung des FILAG mit CHF 93'000.00 entspricht der vorgesehenen Steuererhöhung um 0.04. Deshalb nimmt die Gemeindeversammlung den Voranschlag erst- und einmalig nur zur Kenntnis. Mit dieser Regulierung wollte der Kanton verhindern, dass die nötige Anpassung des Steuerfusses zum reinen Ausgleich der FILAG-Auswirkungen zu einer politischen Auseinandersetzung wird. Der Gemeinderat hat diese einmalige Kompetenz nun aber nicht dazu genutzt, im Voranschlag irgendwelche Positionen unterzubringen, die sonst nicht üblich wären. Das Budget 2012 beinhaltet entsprechend keine ausserordentlichen Positionen, die der Gemeinderat so der Einflussnahme durch die Stimmberechtigten entziehen möchte. Abschliessend bittet Alfred Schneiter die Anwesenden nicht zu vergessen, dass die Gemeindesteuern nur rund 1/3 der Steuerbelastung ausmachen, während 2/3 der Steuern an den Kanton gehen. Die Steueranlage des Kantons ist 3.05, diejenige der Gemeinde Thierachern neu 1.63.

Nach dieser Einführung zur speziellen Situation bezüglich der einmaligen Genehmigung durch den Gemeinderat erläutert Alfred Schneiter die Inhalte des Voranschlags 2012. Dieser basiert wie erwähnt neu auf der Steueranlage von 1.63 anstelle von bisher 1.59, was einer Erhöhung um 0.04 entspricht. Dies macht für den Einzelnen jedoch nur eine geringe Mehrbelastung aus. Bei Aufwendungen von CHF 8'837'845.00 und Erträgen von CHF 8'376.460.00 ergibt dies einen Aufwandüberschuss von CHF 461'385.00. Der Gemeinderat ist sich dabei bewusst, dass dies für Thierachern ein hohes Defizit ist.

Negative Einflüsse im Budget 2012:

- Höherer Beitrag an Lastenverteiler AHV/EL
- Höherer Beitrag an Lastenverteiler Fürsorge
- Unterhaltskosten Strassennetz
- Höherer Beitrag an Lastenverteiler öffentlicher Verkehr
- Höhere Steuerteilungen zulasten der Gemeinde

Positive Auswirkungen im Budget 2012:

- Höherer Steuerertrag natürliche Personen
- Mehr Liegenschaftssteuern
- Höherer Finanzausgleich
- Tiefere Schuldzinsen

Anhand von Folien zeigt Alfred Schneiter die verschiedenen Artengliederungen sowohl beim Aufwand als auch beim Ertrag sowie auch die Kostenentwicklung nach den einzelnen Funktionen. Hier erfolgt in einzelnen Bereichen wie zum Beispiel bei der Wohlfahrt oder der Bildung ein stärkerer Anstieg als in anderen Funktionen. Bei den Erträgen zeigt sich bei den Steuern ein vorübergehender Einbruch infolge der damaligen Steuergesetzrevision des Kantons, die sich auch auf die Gemeinden auswirkte. Seither sind die Werte aber wieder zunehmend. Die Steuerertragsprognose musste allerdings im Rahmen des Budgetprozesses noch nach unten korrigiert werden. Dies da die letzte Hochrechnung zeigte, dass die ursprünglich angenommenen Steuereinnahmen nicht ganz so hoch realisiert werden können. Als weiteres Kuchendiagramm zeigt Alfred Schneiter die geplanten Investitionen im Jahr 2012. Als positives Ergebnis weist er abschliessend auf die vorgesehene Reduktion des Wasserzinses um CHF 0.20 pro m³ hin. Dies macht für ihn persönlich eine Reduktion um rund CHF 49.00 aus.

Weiter präsentiert Alfred Schneiter kurz einige Werte aus der Finanzplanung 2012 bis 2016. Die Finanzplanung ist ein massgebliches Steuerungsinstrument für den Gemeinderat, da dieser die längerfristige Entwicklung aufzeigt. Der Finanzplan belegt, dass auch in den Folgejahren mit Verlusten gerechnet werden muss. Das Eigenkapital der Gemeinde nimmt entsprechend sukzessive ab. Dieses ist aber gegenwärtig noch so hoch, dass die anstehenden Defizite damit aufgefangen werden können. Dies im Gegensatz zum Kanton, der über kein Eigenkapital verfügt, um Verluste auffangen zu können. Die Entwicklung bleibt aber klar negativ, weshalb der Gemeinderat ab dem Jahr 2014 mit einer Steuererhöhung rechnet. In der Finanzplanung wird ab diesem Zeitpunkt mit einer Anlage von 1.73 gerechnet. Seit Jahren besteht die Prämisse, dem Bürger nur so viel Steuern einzuverlangen, wie letztlich nötig sei, ohne sich aber deshalb zu Verschulden. Nach der Senkung vor einigen Jahren sei deshalb auch gesagt worden, dass man wenn nötig auch wieder nach oben anpassen müsse. Dieses Ausrichten der Steueranlage nach dem jeweils aktuellen Finanzbedarf habe in der Vergangenheit schon mehrfach funktioniert. Es sei ja auch privat so, dass es zu gewissen Zeiten mehr brauche und zu gewissen Zeiten weniger. Es sei deshalb denkbar, dass die Gemeinde im Jahr 2014 die Steuern erhöhen müsse. Dieser Entscheid sei aber noch nicht in Stein gemeisselt und er sei diesbezüglich optimistisch.

Abschliessend zeigt Alfred Schneiter eine Auflistung der verschiedenen Lastenverteiler, in welche die Gemeinde einzahlen muss und deren Kostenentwicklung in den Jahren der Finanzplanung. Daneben zeigt sich aufgrund des Bevölkerungswachstums aber erfreulicherweise auch eine Zunahme bei der Gesamtsumme der Steuereinnahmen. Bei den Nettoinvestitionen weist das Jahr 2013 mit CHF 2.4 Mio. eine Extremposition auf. In diesem Jahr sei die Realisierung der Umfahrung Mülimatt eingeplant und mit CHF 1.9 Mio. im Finanzplan eingestellt. Im Jahr 2012 sind dafür vorab CHF 100'000.00 für die Planung der Umfahrung eingesetzt. Für dieses Projekt brauche es aber noch den Entscheid der Stimmberechtigten. Der Gemeinderat wird diesbezüglich noch weiter orientieren und das Geschäft zu gegebener Zeit zur Abstimmung bringen, weshalb natürlich auch die finanziellen Mittel eingeplant werden müssen. Der Gemeinderat hätte selbstverständlich auch lieber eine bessere Verteilung der teils hohen Investitionen der letzten Jahre. Die anstehenden Investitionen können aber nicht beliebig aufgeschoben werden, da ansonsten höhere Folgekosten entstehen. Die Finanzplanung zeigt aber, dass alle Investitionen in der Planperiode ohne wesentliche Neuverschuldung finanziert werden können. Das Fremdkapital hält sich deshalb im bisherigen Rahmen und diesbezüglich ist keine Verschlechterung anstehend.

Diskussion

Balduin Künzi verweist auf die geplante Deponie im Eyacher. Jürg Grossen von der Firma Isenschmid habe ihm im direkten Gespräch gesagt, dass diese bereits ab Sommer 2012 in Betrieb genommen werde. Die Realisierung der Umfahrung sei in der Finanzplanung aber erst für 2013 geplant. Alfred Schneiter verweist darauf, dass es sich um eine gewagte Aussage von Jürg Grossen handle. Die Deponie Eyacher befindet sich erst in der Vorprüfung. Vorgängig einer Inbetriebnahme stehe in jedem Fall noch der Entscheid der Stimmberechtigten anlässlich einer Urnenabstimmung. Hier erfolgen zu gegebener Zeit wieder Informationen über die nächsten Planungsschritte.

Hans Rudolf Fahrni möchte wissen, wo die Mehrwertabschöpfungsbeiträge im Budget ersichtlich seien. Hier erziele die Gemeinde ja bedeutende Einnahmen. Der Finanzverwalter Hans Peter Wittwer orientiert, dass der Gemeinderat bereits seit einigen Jahren eine feste Praxis entwickelt habe, wonach die Mehrwertabschöpfungsbeiträge immer für zusätzliche Abschreibungen eingesetzt werden. Somit halten sich Ertrag (Mehrwertabschöpfung) und Aufwand (Abschreibung) immer die Waage und das Ergebnis der Jahresrechnung wird nicht durch diese ausserordentlichen Erträge verzerrt.

Kenntnisnahme

1. Der Voranschlag 2012 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 461'385.00 sowie auch der Investitionsvoranschlag 2012 mit Nettoinvestitionen von CHF 575'000.00 auf Verwaltungsvermögen und CHF 160'000.00 auf Finanzvermögen werden zur Kenntnis genommen.
2. Im Jahre 2012 werden folgende Steuern und Gebühren entrichtet:

- Gemeindesteueranlage	1.63 Einheiten
- Liegenschaftssteuer	1.2 o/oo des amtlichen Wertes
- Hundetaxe	CHF 80.00 pro Hund
- Kehrichtgebühren	Grundgebühr CHF 80.00 je Haushaltung, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieb

Traktandum 3 Informationen aus dem Gemeinderat

Ressort Präsidiales, Gemeindepräsident Hans Jörg Kast

- Personalwechsel auf Bauverwaltung; neu Hans-Peter Bigler und Sylvia Kunz

Ressort Bau, Energie, Gemeinderat Udo Allgaier

- Deponie Eyacher; Mitwirkungsverfahren abgeschlossen, Vorprüfung laufend
- Tempo 30; Ergebnisse der Messungen V85 eingehalten & Austausch Pfosten

Ressort Finanzen, Kultur, Sport, Gemeinderat Alfred Schneiter

- Jubiläum Kanderdurchstich; Neuauflage „Benz“, Vortrag Fred Heer & OK-Bildung
- Ausblick: Vernissagen im Foyer Gemeindeverwaltung & Bundesfeier

Traktandum 4 Verschiedenes

Balduin Künzi spricht die Landverbesserung im Chumelmoos an. Dieses Projekt sei mit einer Fläche von 13'000 m² und einer Einfüllung von insgesamt 12'000 m³ ausgeschrieben gewesen. Daraus ergebe sich rechnerisch eine Aufschüttung von 90 cm. Kurz nach Beginn hätte er seinen Namensvetter Hans Ulrich Künzi vor Ort getroffen und dieser sei mit den Nerven „am Boden“ gewesen. Anstelle der erwähnten 90 cm sei eine Einfüllung im Umfang von 3 m eingebaut worden. Nach einer

Woche hätte er nicht länger zuschauen können und habe den Bauverwalter kontaktiert. Dieser hätte erklärt, das kantonale Amt für Wasser und Abfallwirtschaft AWA sei zuständig. Bei weiteren Kontakten mit der Verwaltung habe diese angegeben, vor Ort gewesen zu sein. Dabei hätte doch festgestellt werden müssen, dass die bewilligte Fläche durch die Firma Isenschmid nicht eingehalten werde. Nach eingeschriebenen Briefen durch seinen Namensvetter seien die involvierten Stellen letztlich für einen Augenschein beigezogen worden. Die Firma Isenschmid „fresse“ sich aber immer noch fröhlich durch die geschützte Landschaft, da die Auffüllung noch nicht fertig sei. Die bewilligten 12'000 m³ seien rund 1'500 Fuhren. Bis zum Ende würden aber ungefähr 40'000 m³ eingebracht. Jeder Lastwagen fahre dabei nur gerade in einem Abstand von 2 m an seinem Haus vorbei. Die Firma Isenschmid habe nun ausserdem noch Hunger nach mehr bekommen. Gemeinsam mit dem Bewirtschafter Hans Streit sei beschlossen worden, auch auf dessen eigenem Land ebenfalls noch ein Volumen von 9'000 m³ einzubauen. Jürg Grossen habe ihm im Gespräch gesagt, er hätte Lastwagen zu beschäftigen und „Wo kein Kläger, da kein Richter“.

Udo Allgaier weist darauf hin, dass sich die Gemeindebehörde bereits mehrfach mit dem Thema beschäftigt habe und involviert sei. So habe ja die erwähnte Begehung vor Ort stattgefunden, damit alle Betroffenen an einen Tisch gebracht werden konnten. Es hätten aber von Beginn weg nicht alle das Gleiche unter der Baubewilligung verstanden. Er verstehe, wenn die Auffüllung optisch nicht als schön empfunden werde und der Zubringerverkehr für die Anstösser eine Belastung sei. Die Aussagen der Firma Isenschmid könne er vom Hörensagen nicht beurteilen. Es handle sich beim Projekt klar um eine Bodenverbesserungsmassnahme und nicht um eine versteckte Deponie. Die Bewirtschafter bestätigen klar die Verbesserung für die künftige Bewirtschaftung, das heisst das Projekt dient den Betroffenen. Es sei aber klar, dass diesbezüglich verschiedene Ansichten und Sichtweisen vorhanden seien. Er hoffe, dass man letztlich gemeinsam zu einer guten Lösung kommen könne. Monika Gerber verweist darauf, dass bei derartigen Projekten die Höhen nicht wie beim Bau eines Einfamilienhauses einfach so nachgemessen werden können. Dies sei im offenen Gelände und mit fehlenden Höhenfixpunkten wesentlich schwieriger und entsprechend bestehen auch gewisse Toleranzen. Aufgrund der gemeinsamen Begehung vor Ort seien die entsprechenden Einfüllmengen nun aber konkret aufgenommen worden. Es laufen gegenwärtig die entsprechenden Abklärungen, ob die Abweichungen als Projektänderung bewilligt werden können oder ob ein Wiederherstellungsverfahren nötig sei. Diesbezüglich werde aber auch die Frage der Verhältnismässigkeit einer Wiederherstellung zu prüfen sein. Das Risiko bei einer unkorrekten Ausführung liege diesbezüglich letztlich bei der Firma Isenschmid. Diese Verfahren liegen in der Zuständigkeit der Baukommission.

Hans Ulrich Küenzi ist enttäuscht von diesem Projekt. Es sei richtig, dass es Gespräche gegeben habe und es gebe dazu auch eine Aktennotiz. Auch liegen ihm nun die Pläne vor. Es sei wesentlich mehr eingefüllt und der Perimeter erweitert worden. Dabei handle es sich doch um ein Landschaftsschutzgebiet. Das von ihm ursprünglich unterschriebene Projekt hätte gepasst, aber nun sei eine Erhöhung im Gelände entstanden. Die Armee hätte vor Jahren im fraglichen Gebiet eine Panzerpiste geplant. Hans Feller habe damals ein Komitee gebildet, um sich gegen dieses Projekt zu wehren und er selber hätte sich auch engagiert. Die Landschaft sei nun mit der Auffüllung auch verschandelt.

Ernst Jossi weist darauf hin, das Rechtssystem sei bauernlastig und werde durch die Behörde und die Verwaltung ausserdem umgangen. Die Gemeinde hätte Grundbucheinträge und das geltende Wasserreglement missachtet. Es würden mit Reglementierungen auch einfach andere Situationen geschaffen und so Grundbucheinträge übergangen. Es gehe ihm vorliegend um den Hubelmattweg, der sich im Eigentum von insgesamt 35 Anspruchsberechtigten befinde. Dieser habe vermehrt Schäden aufgewiesen, verursacht durch den Pferdestallbesitzer am Ende der Strasse. Die Gemeinde stelle nun einfach Kies für den Strassenunterhalt zur Verfügung, während im gleichen Beschluss noch darauf hingewiesen werde, dass noch im Jahr 1999 der Unterhalt nicht übernommen wurde. Auch sei diesbezüglich durch die Gemeinde nur der fragliche Landwirt involviert worden, nicht aber die übrigen Anstösser des Wegs. Die Gemeinde hätte auch während zweier Jahre eine Verwechslung bezüglich des allgemeinen Fusswegrechts gemacht. Als zweiter Punkt verweist er auf den Ersatz der Wasserleitung am Hubelmattweg. Dort habe die Gemeinde einen Beitrag an die Leitung geleistet. Dies obwohl gemäss Reglement ausserhalb des Baugebiets klare Vorgaben bezüglich der Leitungslänge bestünden und der Landwirt dazu nicht berechtigt gewesen wäre. Der von ihm angesprochene Brunnenmeister habe ihm gesagt, er sei nur beratend tätig, der Entscheid sei politisch gefällt worden. Auch der frühere Bauverwalter Bruno Reber habe ihn dazumal darauf verwiesen, dass es sich um einen politischen Entscheid handle. Beim Meisenweg sei ausserdem die Ausschreibung für eine neue Leitung erfolgt. Als er das Detailprojekt auf der Gemeinde habe einsehen wollen, hätte man ihm einzig ein A4-Blatt vorgelegt, das nur ungenügende Informationen enthalten habe. Auch habe der Bauverwalter Markus Zingg einen von ihm vorgelegten Grundbuchauszug angezweifelt. Ein Landwirt aus Uetendorf habe einen Zaun auf die Gemeindegrenze gestellt. Da die Gemeinde den Hubelmattweg als öffentliche Strasse bezeichne, müsste sie diesbezüglich tätig werden. Auch laufe das Wasser nicht mehr gut und das im Winterdienst eingesetzte Salz würde die Strasse schädigen. Dabei könnte einfach eingeschränkter Winterdienst signalisiert und auf den Salzeinsatz verzichtet werden. Es werde schlecht projektiert und gearbeitet auf der Gemeinde. Die Gemeindebehörde nimmt die Ausführung von Ernst Jossi zur Kenntnis.

Hans Rudolf Fahrni unterstützt seinen Vorredner bezüglich der Deponie. Er sei zwar nicht direkt, aber vom Verkehr mitbetroffen. Er möchte den Anwesenden mitgeben, wie dies aussehe, wenn die Deponie im Eyacher realisiert werde. So hätten bis zu drei Zweiachser jeweils auf das Einbiegen in die Strasse gewartet. Je nach Wetter sei dies untermalt durch eine massive Staubwolke oder entsprechend nassen Schmutz. Die Staatsstrasse würde zwar gelegentlich gereinigt, der Einsatz von Metallbürsten würde aber dazu führen, dass der Belag Schaden nehme. Man solle sich überlegen, was passiere, wenn so viele Lastwagen vom Kreisel im Wahlen bis zur Egg verkehren würden. Dies sei ja auch ein Schulweg. Bei nur einem falschem Tritt eines Schulkindes könne man dann bei einem Unfall mit einem dieser grossen Lastwagen mindestens Polizei und Ambulanz rufen, wenn nicht gleich den Leichenwagen. Das Leben berge zwar Risiken, aber dies sei fahrlässig und solle nicht in Kauf genommen werden.

Peter Ochsenbein übermittelt Grüsse von seinem Sohn Christian. Dieser hat anlässlich der letzten Dezemberversammlung von seiner Weltumseglung mittels Solar berichtet. Er liegt gegenwärtig vor dem Golf von Persien, wo das Schiff dann eine Pause einlegt, damit die Crew die Festtage zu Hause verbringen kann. Er hofft, dass Christian nach Rückkehr von seinem Projekt nochmals wird berichten können.

Der Versammlungsleiter fragt an, ob im Hinblick auf eine allfällige Beschwerde gegebenenfalls Verfahrensmängel gerügt werden. Dies ist nicht der Fall. Er weist auf die Auflage des Protokolls und die damit verbundene Einsprachemöglichkeit hin.

Er schliesst die Versammlung mit einigen Dankesworten und dem Hinweis auf die nächste Gemeindeversammlung vom 11. Juni 2012 und lädt die Anwesenden zum traditionellen Apéro ein.

3634 Thierachern, 12. Dezember 2011

EINWOHNERGEMEINDE THIERACHERN

Peter Ochsenbein
Versammlungsleiter

Monika Gerber
Gemeindeschreiberin

Bescheinigung der Protokollauflage

Die unterzeichnete Gemeindeschreiberin bescheinigt, dass das Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2011 nach den Bestimmungen von Art. 13 der Verordnung über die Durchführung der Gemeindeversammlung vom 22. Dezember 2011 bis 11. Januar 2012 öffentlich aufgelegt worden ist. Gegen dieses Protokoll sind keine Einsprachen eingereicht worden.

3634 Thierachern, 12. Januar 2012

EINWOHNERGEMEINDE THIERACHERN

Monika Gerber
Gemeindeschreiberin

Genehmigung

Das vorliegende Protokoll wurde in Anwendung von Artikel 13 der Verordnung über die Durchführung der Gemeindeversammlung an der Sitzung 1/2012 des Gemeinderates vom 30. Januar 2012 genehmigt.

3634 Thierachern, 1. Februar 2012

GEMEINDERAT THIERACHERN

Hans Jörg Kast
Gemeindepräsident

Monika Gerber
Gemeindeschreiberin